

Selbst ist der Mensch

In Ländern mit wenig ausgebauten staatlichen Strukturen blüht der freiwillige Einsatz im Dienst der Gesellschaft: ein Besuch vor Ort beim Notfalldienst in Myanmar, bei den Section Chiefs in Sierra Leone und bei der Vermisstensuche in Weissrussland.

von *Eva Hirschi*

Wir sitzen auf Stühlen in einer Art Klassenzimmer in der Stadt Hpa-An, Myanmar, als unerwartet das Telefon von Thu Saw Oo klingelt. Ein Notfall! Der 22jährige Burmese springt auf, eilt hinunter zum Krankenwagen und wirft sich auf den Fahrersitz. Drei weitere junge Männer in blauen Uniformen steigen hinten in den Wagen ein. Los geht's: Mit Blaulicht und ernstem Gesichtsausdruck fahren die vier Mitglieder der Freiwilligenorganisation Marga Society zu einem Patienten mit Herzbeschwerden nach Hause. Es wird ein Notfalltransfer ins Spital benötigt.

Thu Saw Oo ist kein Arzt, nicht einmal Medizinstudent oder Krankenpfleger. Er studiert Chemie im dritten Semester und engagiert sich in dieser Freiwilligenorganisation in seiner Freizeit, unentgeltlich. Marga Society ist in verschiedenen Bereichen tätig: Blutspenden, Nachhilfeunterricht, Beerdigungen und eben Rettungsdienst. Zwar gibt es in Hpa-An ein Spital, das auch Rettungsfahrzeuge besitzt, «aber normalerweise rufen die Leute uns direkt an. Sie wissen, dass wir schneller sind», erklärt Thu Saw Oo, während er routiniert ein Auto überholt. Das Spital habe nun mal die Kapazitäten nicht, schnell und adäquat auf alle Notfallanrufe zu antworten.

Burmesen vertrauen Freiwilligen mehr

Beim Patienten angekommen, stellt Thu Saw Oo die klappbare Bahre bereit, während die anderen Freiwilligen zum Patienten ins Haus eilen. Wenige Minuten später sitzen alle wieder im Wagen, der Mann wird ins Spital gebracht und in die Obhut der Ärzte übergeben. «Wir haben einen vom Staat organisierten Rettungskurs absolviert, und ab und zu können ein bis zwei Personen von uns in ein zweiwöchiges Training nach Thailand», erklärt Thu Saw Oo. Das Training in Thailand wird kostenlos von einem dortigen Spital angeboten, für die Fahrtkosten kommt die Marga Society auf. «Die Idee ist, dass die Teilnehmenden ihr Wissen anschliessend an die anderen Freiwilligen weitergeben.»

Der ehrenamtliche Präsident, Aung Than Lwin, sieht die Aufgabe des Vereins Marga Society als komplementär: «Wir unterstützen die Regierung. Sie kann sich nicht um alles kümmern.» Es

klingt wie eine Selbstverständlichkeit, Kritik schwingt in seiner Stimme keine mit. Warum sie eine solche Aufgabe freiwillig und ohne Entschädigung übernehmen? «Weil wir ein unterentwickeltes Land sind», sagt der 50-Jährige, der als Hotelmanager arbeitet. Er sieht es als einen Dienst am Staat, vielmehr aber noch als einen Dienst an der Gesellschaft. Während die Schweiz selbst als hochentwickeltes Land auf ein Milizsystem setzt – mit dem Ziel, dass Erfahrungen aus der Berufswelt in die Politik einfließen –, ist die Aktivität der Freiwilligen für Entwicklungsländer schlicht eine Notwendigkeit.

In Myanmar hat ein solches Engagement der Zivilgesellschaft durchaus Tradition. Gemeinnützige Organisationen komplementieren oder substituieren bereits seit drei Jahrzehnten Dienstleistungen, für die eigentlich der Staat aufkommen müsste. Nach dem Kollaps des «burmesischen Wegs zum Sozialismus» unter General Ne Win 1988 entstanden – oft aus religiösen Gruppierungen – kleine Organisationen, in welchen sich Bürgerinnen und Bürger mit ähnlichen Interessen trafen und soziale oder religiöse Aktivitäten mit privater Finanzierung organisierten. Unter dem anschliessenden Militärregime wurden noch mehr Staatsgelder zum Militär umgeleitet, die Bevölkerung mehr oder weniger ihrem eigenen Schicksal überlassen. Zivilgesellschaftsorganisationen sprangen ein, um die Lücke an staatlichen Leistungen zu schliessen.

Naturkatastrophen führten ebenfalls zu einem Anstieg solcher Organisationen. Insbesondere die spontane Antwort der Bevölkerung auf die Verwüstungen des Zyklons Nargis, der 2008 über 130 000 Tote gefordert hatte, stärkte Freiwilligenorganisationen. Statt auf den Staat zu warten, hatte sich die Bevölkerung kurzerhand selbst organisiert und begann mit Hilfsgüterverteilung und Aufräumarbeiten – insbesondere auch, weil die Regierung mehreren internationalen Organisationen den Zugang zum Katastrophengebiet verwehrte und ausländische Hilfskräfte, selbst von der UNO, nicht in das Land einreisen liess. Doch lokale Organisationen wie auch das Engagement von Einzelpersonen förderten den Zusammenhalt in der Gesellschaft.



Der freiwillige Helfer Thu Saw Oo fährt den Krankenwagen der Marga Society in Myanmar, fotografiert von Eva Hirschi.

Ein weiterer Grund für die Tradition des unentgeltlichen Engagements liegt darin, dass Religion in Myanmar einen hohen Stellenwert hat: «Ich helfe anderen, weil ich als Buddhist gute Taten vollbringen möchte», sagt Min Thein Htoo. Der 23-jährige ist bereits seit sechs Jahren Mitglied der Marga Society. Eng verknüpft mit dem Buddhismus ist auch die hohe Spendenbereitschaft der Burmesen. Die Marga Society in Hpa-An zählt rund 170 Gönnerinnen und Gönner, die jeden Monat einen Beitrag spenden. «Die Zahl an Spenden, aber auch an Freiwilligen ist in den letzten Jahren gestiegen», sagt Aung Than Lwin. Dies zeige, dass die Menschen die Dienstleistungen der Organisation wertzuschätzen wüssten.

Chiefs statt Gemeindepräsidenten in Sierra Leone

Vom Beifahrersitz im Krankenwagen in Myanmar führt mich meine Reise auf ein Motorrad in Sierra Leone – das aber vorzeitig den Geist aufgibt. Eigentlich wollen wir bis nach Sinekoro, aber eine Panne verhindert die Weiterfahrt. So strande ich, zusammen mit einem Fahrer und einem Guide, in einem kleinen Dorf namens Bandakarifaya im Norden des Landes. Bevor wir uns um das Motor-

rad kümmern können, müssen wir – den Traditionen gemäss – das Oberhaupt des Dorfes begrüßen. Section Chief Moses Karifa Marah, ein älterer Mann in Jogginghose und mit Wollmütze auf dem Kopf, schüttelt uns die Hand. Er beäugt mich argwöhnisch und fragt meinen Guide, ob ich für eine NGO arbeite. Lediglich des Tourismus wegen kommen sehr wenige Personen nach Sierra Leone; die meisten sind entweder Hilfsarbeiter, Missionare oder Diplomaten.

Tatsächlich hat mich pure Neugier in dieses kleine westafrikanische Land gebracht, das bei uns vor allem für Blutdiamanten und Ebola, hohe Armut und tiefe Lebenserwartung bekannt ist. Als ich später im Schatten eines Hauses auf die Reparatur des Fahrzeugs warte, gesellt sich Balla Koroma zu mir, stellvertretender Jugendminister des Dorfes und einer der wenigen Bewohner des Dorfs, der Englisch spricht – und das, obwohl Englisch an der Schule obligatorisch ist. Er erklärt mir auch die Rolle von Moses Karifa Marah, der als Section Chief ungefähr einem Gemeindepräsidenten gleichkommt. Denn auch Sierra Leone kennt ein föderalistisches System: Die verschiedenen Verwaltungsebenen heissen Provinzen, Distrikte und Chiefdoms.



Balla Koroma hält als stellvertretender Jugendminister in Bandakarifaya in Sierra Leone ein Milizamt inne, fotografiert von Eva Hirschi.

Bereits vor der Kolonialisierung durch die Briten herrschte in Sierra Leone ein System der Chieftaincy, wo verschiedene Regionen von lokalen Chiefs geführt wurden. Die Briten nutzten das als Basis, um 1896 ihre Politik der indirekten Kontrolle umzusetzen, sprich ihre Macht mittels einheimischer Herrscher auszuüben. Das geschah sowohl in der Kronkolonie der Halbinsel Freetown als auch im Protektorat im Landesinnern. Die grossen Distrikte wurden in kleinere Chieftains aufgeteilt und die bis anhin traditionellen Führer der Distrikte in Paramount Chiefs umbenannt, was für diese einen Verlust von Macht und Territorium bedeutete. Nach mehreren Militärputschen wurde in Sierra Leone schliesslich 1971 die Präsidentschaftsrepublik ausgerufen. Die Verwaltungsstruktur wurde weitgehend beibehalten.

Ein Milizsystem wie in der Schweiz lässt sich hier auf einer tieferen Ebene finden: Paramount Chiefs sind zwar vom Staat für ihre Funktion bezahlt, aber jeder Paramount Chief kann für seine Gebiete lokale Section Chiefs ernennen, die – notabene unbezahlt –

die Führung einer sogenannten Sektion übernehmen. Sie sind für das Einholen der Steuern zuständig wie auch für das Sorgen von Ruhe und Ordnung und das Lösen von Konflikten. «Der Section Chief übernimmt auch Aufgaben der Polizei», erzählt mir der stellvertretende Jugendminister. «Schliesslich kann unsere Polizei nicht überall sein. Wenn im Dorf eine Straftat passiert, ist zuerst der Section Chief die Ansprechperson. Er entscheidet, ob der Fall an die Polizei weitergegeben werden muss oder ob eine andere Lösung gefunden werden kann. Wir haben halt nicht genügend Polizisten», sagt Koroma.

Dass ein Section Chief deshalb neben seinem zeitraubenden Milizamt noch einen vollen Job ausüben könne, sei schwierig, sagt Koroma. Doch es käme vor, dass Section Chiefs wie Moses Karifa Marah auch als Bauern auf dem Feld arbeiten würden, um mit der verkauften Ernte Geld zu verdienen. Oder sie seien an Geschäften beteiligt und kämen so zu Geld. Oft würden Section Chiefs auch freiwillige Spenden der Bevölkerung wie Reis und Palmöl bekommen

oder einen Teil von NGO-Geldern einbehalten, mit dem (nicht immer valablen) Argument als gerechtfertigtem Lohn für die Umsetzung eines neuen Projekts.

Zu den mangelnden personellen Ressourcen kommt die schwierige Erreichbarkeit einiger Dörfer. Asphaltierte Strassen gibt es in Sierra Leone fast nur zwischen den grossen Städten. Dörfer sind durch staubige Buckelpisten miteinander verbunden, was die dauerhafte Präsenz einer übergeordneten polizeilichen Struktur zusätzlich erschwert. Verglichen mit anderen Institutionen der Konfliktlösung geniessen die traditionellen Oberhäupter ohnehin höheren Respekt und grösseres Vertrauen als die Polizei. Bei einer von der Weltbank durchgeführten Studie gaben rund 80 Prozent der Bevölkerung an, dass die Section Chiefs und Dorfoberhäupter Konflikte gut lösen und das friedliche Zusammenleben fördern würden. Auch hätte die Bevölkerung von Sierra Leone eine relativ schlechte Meinung zur Fähigkeit der Konfliktlösung in den Amtsgerichten. Sie gaben an, dass es häufig zu Verspätungen käme und dass das Erreichen von Gerechtigkeit oft vom Wohlstand einer Person abhängt.

Gegenüber den Parlamentariern in der Hauptstadt Freetown herrscht ebenfalls oft Misstrauen. «Die Politiker kommen nur vor den Wahlen zu uns», sagt Koroma. «Letztes Mal haben sie uns zum Beispiel versprochen, eine Brücke über den grossen Fluss zu bauen, damit wir das Dorf endlich auch mit normalen Fahrzeugen erreichen können und nicht immer das Motorrad durch den Fluss schieben müssen», erzählt er. Tatsächlich sind am Ufer Anfänge einer Brückenkonstruktion auszumachen. «Doch seit den Wahlen hat niemand mehr einen Finger gerührt, sie haben uns wieder vergessen.» Durch den Regimewechsel letztes Jahr wurden im ganzen Land etliche Projekte, die von der vorgängigen Regierung gestartet wurden, auf Eis gelegt. Auch das trägt dazu bei, dass der Gemeinschaft auf mikrolokaler Ebene eine viel höhere Bedeutung beigegeben wird als der Regierung in der fernen Hauptstadt.

Erzwungene Freiwilligenarbeit in Weissrussland

Umgekehrt die Situation in einem autoritären Staat, wo der Staatsapparat als Alleinherrscher gilt. Im realsozialistischen Weissrussland, das mit dem Zerfall der Sowjetunion 1991 seine Unabhängigkeit erlangte, regiert Präsident Alexander Lukaschenko seit 1994 das Land als Autokrat – nicht wenige nennen ihn gar einen Diktator. In Weissrussland hat das Volk wenig zu sagen und gewisse Initiativen werden im Keim erstickt, wenn sie der Regierung nicht passen, beispielsweise Aktionen von LGBT-Gruppierungen. Dennoch gibt es so etwas wie eine erzwungene Freiwilligenarbeit, die vom weissrussischen Staat beschönigend als «freiwilliges Engagement» verkauft wird. Für den sogenannten Subbotnik (abstammend vom russischen Wort für Samstag, «subбота») werden Staatsangestellte regelmässig an einem spezifischen Samstag zu «freiwilliger Arbeit» aufgefordert. Das kann ein nationaler Strassenputztag sein, das Auszählen von Wahlstimmen, das Sammeln von Holz im Wald oder das Reparieren von Strassen. Der staatliche Subbotnik findet einmal im Jahr statt, normalerweise im April. Aber auch auf regio-

naler oder lokaler Ebene können solche Arbeitseinsätze organisiert werden, zu einem beliebigen Zeitpunkt des Jahres, und nicht nur von den Behörden, sondern selbst von Einzelfirmen. Während sich der Staat damit brüstet, dass sich jedes Jahr über drei Millionen Bürgerinnen und Bürger freiwillig an öffentlichen Projekten beteiligen, ohne dafür bezahlt zu werden, sehen das Rechtsexperten und Menschenrechtsorganisationen als pure Propaganda: «Subbotnik wird als freiwillige Arbeit deklariert, in der Realität ist es aber Zwangsarbeit», sagt Valiantsin Stefanovic, Vizepräsident der weissrussischen Menschenrechtsorganisation Viasna.

Diese unentgeltlichen Arbeitstage gehen zurück auf 1919, als die russischen Bolschewiken die Arbeiter mobilisieren mussten, um den Staat nach Ende des Bürgerkriegs wiederaufzubauen – ohne sie aber dafür bezahlen zu können. In der sowjetsozialistischen Tradition wird Arbeit als Verpflichtung und nicht als Recht angesehen. «Subbotniks sind jedoch gegen das nationale Gesetz, im Arbeitsvertrag sind diese zusätzlichen Aufgaben nicht festgehalten», sagt Stefanovic. Natürlich hätten Lehrkräfte oder Beamte samstags Besseres zu tun, als für den Staat Strassen zu putzen. Zwar ist die Teilnahme an Subbotniks freiwillig, doch da in Weissrussland Staatsangestellte in vielen Fällen nur über einen auf ein Jahr befristeten Arbeitsvertrag verfügen, haben die Arbeitgeber damit ein Druckmittel in der Hand: Viasna sind Fälle bekannt, in welchen Personen, die nicht an einem Subbotnik teilgenommen hatten, der Arbeitsvertrag nicht verlängert oder gewisse Boni nicht ausbezahlt wurden.

Auch im UN-Bericht über die Lage der Menschenrechte wird Weissrussland jedes Jahr dafür kritisiert; 2018 schrieb etwa der damals für Menschenrechte in Weissrussland zuständige UN-Sonderberichterstatter Miklós Haraszti, die «Pflicht», an den Subbotniks teilzunehmen, würde von der Regierung als «nachdrückliche Ermutigung verkleidet», es handle sich aber um «Zwangsarbeit». In einer Wirtschaftslage, in der ohnehin viele Menschen unterbeschäftigt sind und ihre Arbeit um keinen Preis verlieren wollen, wiegt dieses Druckmittel schwer: «Eine Kompensation oder ähnliches, wenn der Arbeitsvertrag ausläuft, gibt es nicht», sagt Stefanovic. Während in der Schweiz gemäss Angaben des Bundesamts für Statistik rund 15 Prozent der Beschäftigten für den Staat oder staatsnahe Betriebe arbeiten, sind es in Weissrussland rund 40 Prozent.

Erfolgreiche private Suche nach Vermissten

Doch es gibt sie auch in Weissrussland: Projekte von Freiwilligen, die sich in den Dienst der Gemeinschaft stellen – weil es das Staatswesen nicht macht. So etwa die Freiwilligenorganisation Angel: Sie organisiert und koordiniert Suchaktionen für vermisste Personen. Zwar ist auch in Weissrussland die Polizei dafür zuständig, doch offenbar besteht zusätzlicher Bedarf an Hilfe. So genau will es Sergey Kouhan zwar nicht ausdrücken, aber er sagt: «Die Polizei weiss von unserer Organisation – sie unterstützt uns nicht, sie behindert uns aber auch nicht.» In einem autoritären Land ist das bereits ein Zeichen der Anerkennung.

Auf die Idee gekommen, Angel zu gründen, ist Sergey Kouhan eigentlich durch Zufall. Im Fernsehen sah der gelehrte Buchhalter 2012 einen Aufruf einer Frau, die ihren betagten Vater vermisste. Er sei in den Wald gegangen und nicht mehr zurückgekommen. «Bitte helft mir suchen!», sagte sie weinend in die Kamera. Sergey Kouhan wollte helfen. Und war der einzige, der kam. Er fragte Freunde um Hilfe und schliesslich fanden sie den Vater. In der Folge sprach es sich herum, dass da einer die Suche nach vermissten Personen in die Hand nahm. «Ich erhielt Anfragen, auch andere Personen zu suchen», sagt er. Daraufhin kreierte er eine Facebook-Seite, später kamen andere Social-Media-Profile und eine Website hinzu. Inzwischen ist die Organisation eine der grössten und bekanntesten in Weissrussland. Und es scheint, als hätte die Bevölkerung auf so eine Organisation gewartet. Inzwischen würden Betroffene zuerst Angel und dann erst die Polizei anrufen, um eine vermisste Person zu melden, da sie wüssten, dass Angel schneller handle. Kürzlich etwa, so erzählt Kouhan, sei ein Mädchen in einem grossen Park vermisst gemeldet worden. Mit Freiwilligen hätten sie den Park abgesucht. Als sie das Mädchen auffanden, kam die Polizei gerade erst an. Oft könnten Strafverfolgungsbehörden nicht sehr reaktiv sein, da sie auf die schriftliche Erlaubnis der Vorgesetzten warten müssten.

Auch scheinen die polizeilichen Suchmassnahmen oft nicht auszureichen, denn Angel setzt vor allem auf Öffentlichkeitsfahndung. «Manchmal drucken wir Plakate und hängen sie in der Stadt auf, manchmal kontaktieren wir die lokalen Medien, meistens aber publizieren wir eine Nachricht auf unseren Social-Media-Kanälen», sagt Kouhan. «Manchmal finden wir eine Person innerhalb 30 Minuten, weil jemand den Post auf Facebook sieht und sich per Zufall in der Nähe der vermissten Person befindet und sie dank des Posts erkennt», so Kouhan. In der Schweiz hingegen wird nur ein Bruchteil der Vermisstmeldungen von der Polizei publik gemacht; als Argument für die restriktive Anwendung von Öffentlichkeitsfahndungen führt die Polizei den Persönlichkeitsschutz der Betroffenen an.

Einen Dienst an der Gemeinschaft leisten

Angel hingegen organisiert in gewissen Fällen sogar öffentliche Suchaktionen, bei denen die Bevölkerung zur Mithilfe aufgerufen wird, etwa um gemeinsam systematisch einen Wald zu durchkämmen. Es funktioniert gut: «Oft kommen mehrere Hundert Menschen zu einem Einsatz. Letztes Jahr erschienen bei einer Suchaktion einmal über 2000 Freiwillige – es war unglaublich!», sagt Ehefrau Julia Kouhan, die bei Angel für die Kommunikation



Ein Freiwilliger der Organisation Angel in Weissrussland hilft bei der Suche nach einer vermissten Person, fotografiert von Julia Kouhan.



VICTORINOX



zuständig ist. Allein im letzten Jahr führte Angel 97 Suchaktionen durch. 52 Personen wurden lebend, 26 Personen tot aufgefunden.

Inzwischen beruft sich sogar die Polizei auf Angel. Die Organisation hat sich in den sechs Jahren ihrer Existenz nämlich zusehends professionalisiert. Sergey Kouhan nahm an einer Ausbildung für Such- und Bergungsdienste in Russland teil und sammelte Spenden, um eine professionelle Suchausrüstung anzuschaffen. Angel verfügt inzwischen nicht nur über Tauchmaterial, sondern auch über ein Netzwerk an engagierten Hobbytauchern, auf das man im Notfall zurückgreifen kann – etwa wenn ein Kind in Nähe eines Gewässers vermisst wird. «Manchmal leihen sich die Behörden sogar unser Material aus», sagt Kouhan stolz. Der Polizei fehle es an Ressourcen – nicht nur an Personen, aber auch an finanziellen Mitteln –, um sich das entsprechende Material zu verschaffen. «Wir unterstützen aber nicht den Staat, sondern die Menschen», betont Kouhan.

Mangelndes Vertrauen in Behörden, mehr Kapazitäten und Expertise sowie der Wunsch, etwas für das Gemeinwohl zu tun: dem Miliz- und dem Freiwilligenengagement liegen unterschiedliche Motivationen zugrunde. Auch wenn es mir auf den ersten Blick oft bizarr erschien, wenn Dienstleistungen wie der Rettungsdienst oder die Personensuche von Freiwilligen übernommen wurden statt durch öffentliche Spitäler oder die staatliche Polizei, so zeigte sich im Gespräch jeweils, dass dahinter keine Verdrossenheit und kein Unmut gegenüber dem Staat stand. Vielmehr ging es den Freiwilligen darum, einen Dienst an der Gemeinschaft zu tun – das betonten Menschen in Myanmar, in Sierra Leone und in Weissrussland. Und genau das gibt es in der Schweiz schliesslich auch, sogar auf politischer Ebene: durch das Milizsystem. In anderen Ländern hingegen mag das unverständlich sein – warum sollten ein Bauer, eine Hausfrau, ein Künstler oder eine Physikerin politische Aufgaben übernehmen, obwohl sie weder dazu ausgebildet sind noch dafür bezahlt werden? Was Staatsaufgabe, was Freiwilligensache ist, lässt sich also nicht pauschal sagen. Wie bei uns verspüren auch die Menschen in anderen Ländern bei der Übernahme von solch staatstragenden Aufgaben Stolz und die Befriedigung, etwas Gutes zu tun. Statt zu kritisieren und zu jammern – und das gilt für alle Länder –, sollten wir Bürgerinnen und Bürger gewisse Dinge einfach selbst in die Hand nehmen. Denn eine Gemeinschaft, so könnte man sagen, funktioniert nur, wenn sie gemeinsam etwas schafft. ◀

Eva Hirschi

arbeitet seit mehreren Jahren als freie Journalistin für Schweizer Medien, seit drei Jahren vor allem aus dem Ausland. Da sie immer wieder unterschiedliche Weltregionen bereist, konnte sie unseren Auftrag, die Freiwilligenarbeit in mehreren Ländern zu betrachten, problemlos annehmen.

**MULTIFUNKTIONALITÄT LIEGT
BEI UNS IN DER FAMILIE**

Zürich | Luzern | Genf | Brunnen | Andermatt

SHOP ONLINE AT [VICTORINOX.COM](https://www.victorinox.com)



MAKERS OF THE ORIGINAL SWISS ARMY KNIFE | ESTABLISHED 1884